

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt



Anzeiger

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenschürsdorf, Grumbach, Firschheim, Ruchshnappel, Wittenbrand, Gräna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erbsch, Pleißa, Ruchdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Er scheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen

Nr. 193.

Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31.

Dienstag, den 20. August 1907.

Brief- und Telegramm-Adresse: Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

57. Jahrg.

Freitag und Sonnabend, den 23. und 24. August, sind sämtliche Geschäftsräume des Rathauses wegen Reinigung geschlossen und werden nur dringliche, keinen Ausschub bildende Sachen erledigt. Hierzu, sowie zur Entgegennahme der dem Standesamte zu erstattenden Todesanzeigen ist das Wochenzimmer (Nr. 10) an beiden Tagen vormittags von 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Die Sparkasse ist Sonnabend, den 24. August, ebenfalls wegen Reinigung der Geschäftsräume geschlossen.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 18. August 1907.

W. Zeißig, stellv. Bürgermeister.

Weißig.

Freibank: Gepöfeltes Schweinefleisch; Pfd. 40 Pf.

Die Abrüstungsfrage vor der Friedenskonferenz.

In der Plenarsitzung der Friedenskonferenz am Sonnabend legte der erste englische Delegierte Sir Edward Fry den Antrag der britischen Regierung zur Frage der Einschränkung der Rüstungen vor. Er führte dazu folgendes aus: „Ich habe die Ehre, im Auftrage der britischen Regierung einen Antrag von höchster Wichtigkeit vorzulegen. Als Seine Majestät der Kaiser von Rußland die erste Friedenskonferenz einberief, schlug er als erste Aufgabe für ihre Arbeiten vor, unverzüglich nach Mitteln zu suchen, um dem fortschreitenden Anwachsen der Rüstungen zu Lande und zu Wasser ein Ziel zu setzen, eine Frage, deren Lösung offenbar mit Rücksicht auf die neue Ausdehnung dieser Rüstungen mehr und mehr dringend wird. Fry erwähnte dann die von der ersten Konferenz gefasste Resolution, in der eine Einschränkung der militärischen Lasten für „in hohem Maße wünschenswert“ erklärt wird, und wies auf das im August 1898 im Namen des Kaisers von Rußland an Europa gerichtete Memorandum des Grafen Murawjew hin, in dem dieser erklärte, diese so andauernde drückende Bürde der Rüstungen müßte schließlich zu einem Zusammenbruch führen, dessen Schrecken jedes menschliche Denken schon jetzt mit Schauder erfüllen. „Diese Worte, so wahr und berechtigt“, fuhr Sir Edward Fry fort, „sind heute noch wahrer und überzeugender, denn die Ausgaben für Heeres- und Marinezwecke sind in dem zwischen den beiden Konferenzen liegenden Zeitraum noch erheblich größer geworden. Die jährlichen militärischen Ausgaben der europäischen Staaten (mit Ausnahme der Türkei und Montenegro) sowie der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans haben sich um 69 Millionen Pfund Sterling vermehrt. Ich bin ganz sicher, daß Sie mit mir darin übereinstimmen werden, daß die Verwirklichung des Wunsches des Kaisers von Rußland und der ersten Konferenz eine große Wohltat für die Menschheit bedeuten würde. Ob dieser Wunsch sich verwirklichen läßt, ist allerdings eine Frage, auf die ich Ihnen eine kategorische Antwort nicht geben kann. Ich darf Ihnen die Versicherung geben, daß meine Regierung eine liberale Anhängerin dieser erhabenen Bestrebungen ist und mich beauftragt hat, Ihnen aus Herz zu legen, einmütig an der Verwirklichung dieses edlen Wunsches zu arbeiten. Ehemals träumten die Menschen von einem goldenen Zeitalter, heutzutage aber ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit des Menschengeschlechts mehr denn je auf der ganzen Erde verbreitet und im Namen dieses Gefühls bitte ich Sie, nicht auseinanderzugehen, ohne den Wunsch ausgesprochen zu haben, daß die sämtlichen Regierungen der Welt sich sehr ernstlich der Frage der Beschränkung der Militärlasten widmen mögen. Meine Regierung verkennt nicht, daß es die Pflicht eines jeden Landes ist, sich gegen Feinde und Gefahren zu schützen, die es bedrohen können, und daß jede Regierung das Recht und die Pflicht hat, selbst zu entscheiden, was ihrem Lande zur Erreichung dieses Zieles zu tun zukommt. Also nur durch den guten Willen, den freien Willen einer jeden Regierung, die aus eigenem Antriebe heraus für das Glück ihres Landes arbeitet, ist der Gegenstand unserer Wünsche zu verwirklichen. Die englische Regierung hat es in Anbetracht des Umstandes, daß mehrere Mächte den Wunsch hegen, die Militärausgaben zu beschränken, für ihre Pflicht gehalten, zu untersuchen, ob sich nicht Mittel finden ließen, diese Bestrebungen zum Ziele zu führen. Meine Regierung ermächtigt uns demnach, die folgende Erklärung abzugeben:

den durch diese Vorlagen bedingten Kosten Mittelung zu machen.

Dieser Austausch von Mitteilungen würde den Austausch der Ansichten erleichtern, die die Regierungen über die Herabsetzung der Streitkräfte hegen, die man dann durch gemeinsames Uebereinkommen ins Werk setzen könne. Die englische Regierung glaubt, daß man auf diese Weise zu einer Verständigung in betreff der Ausgaben gelangen könnte, die diejenigen Staaten, die den angegebenen Weg einschlagen bereit seien, dann mit gutem Rechte in ihre Budgets einstellen könnten.“ Fry schloß seine Rede, indem er die folgende Resolution in Vorschlag brachte:

„Die Konferenz bestätigt die Resolution, welche die Konferenz vom Jahre 1899 angenommen hat und die sich auf die Beschränkung der Militärlasten bezieht; in Anbetracht des Umstandes, daß diese Lasten seit dem genannten Jahre in fast allen Ländern einen bedeutenden Zuwachs erfahren haben, erklärt die Konferenz, daß es in hohem Maße wünschenswert ist, zu sehen, daß die Regierungen das ernste Studium dieser Frage erneut in Angriff nehmen.“

Hierauf verlas Melidow eine Erklärung der nordamerikanischen Delegation, die den Vorschlag Fry's unterstüzt, desgleichen ein Schreiben der spanischen Delegation ähnlichen Inhalts. Auch Bourgeois unterstützte namens der französischen Regierung die Resolution Fry's und sprach die Hoffnung aus, daß die nächste Konferenz das Studium dieser Frage entschlossen in Angriff nehmen werde. Schließlich führte der Präsident und erste Delegierte Rußlands Melidow in einer längeren Rede unter Hinweis auf die nach der Konferenz von 1899 stattgehabten Krüge aus, die Erfahrung von 1899 habe gezeigt, daß eine derartige Erörterung die Meinungsverschiedenheiten der Mächte hinsichtlich dieses Gegenstandes nur verfrachten könne. Rußland und andere Mächte seien deshalb entschlossen gewesen, an einer etwaigen Diskussion nicht teilzunehmen. Die Idee aber beschäftigte die öffentliche Meinung so sehr, daß die englische Regierung trotz alledem die Aufmerksamkeit auf die Frage gelenkt habe. Die Konferenz sei zwar für die Frage ebenso wenig vorbereitet wie diejenige von 1899, aber man dürfe den von der ersten Konferenz ausgesprochenen Wunsch erneuern und in diesem Sinne der englischen Initiative nur Beifall spenden. Er empfahl der Konferenz, die Resolution Fry's durch Akklamation anzunehmen. Dies geschah. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Aus dem Reich.

Zum sächsischen Wahlrechtsentwurf.

Der konservative Verein zu Vöbba hat sich grundsätzlich in wohlwollender Weise zu dem neuen Landtagswahl-Gesetzentwurf gestellt. Der Vorstand des konservativen Vereins für den sächsischen Reichstagswahlkreis (Vöbba) kam zu folgender Resolution: „Der Vorstand des konservativen Vereins im sächsischen Reichstagswahlkreis erblickt in dem Entwurf zum Wahlgesetz für die zweite Kammer der Ständeverammlung eine brauchbare Grundlage für eine Reform des sächsischen Landtagswahlrechtes vorbehaltlich einiger Verbesserungen, da der Entwurf weder gegen die Interessen des platten Landes noch gegen die konservativen Grundsätze verstößt.“

Fahnenanzugung.

Im Beisein des Kaiserpaars fand am Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr die feierliche Anzuehung von über 60 Fahnenzügen, besonders von Truppen- und Landwehr-Regimenten, im Großen Saal des Kaiserpalastes statt. Hierauf wurde auf dem Friedrichs-Platz die feierliche

Weihe der Fahnen durch den Evangelischen Feldprediger der Armee, Konsistorialrat Wölffing, in Gegenwart des katholischen Feldpredigers der Armee, Dr. Wollmar, und der Militärgeistlichkeit Raffels vorgenommen. Die feierliche Handlung ging unter dem üblichen militärischen Gepräge vor sich.

Gestern mittag fand beim Kaiserpaar auf Schloß Wilhelmshöhe anlässlich des Geburtstages des Kaisers Franz Josef Tafel statt, wozu geladen worden waren der österreichisch-ungarische Botschafter v. Szögyenyi-Marich, sämtliche Herren der Botschaft, Staatssekretär v. Tschirschy und die Generalität. Während der Tafel trank der Kaiser auf das Wohl des Kaisers Franz Josef, seines lieben verehrten Freundes und treuen Verbündeten.

Der „Deutsche Tag“.

Unter gewaltigem Fremdenandrang aus allen Teilen des Reiches begannen Sonnabend in Bromberg die Verhandlungen des „Deutschen Tages“. Um 10 Uhr vormittags trat der Vorstand des Ostmarkenvereins zu einer vertraulichen Versammlung zusammen. Es wurde zunächst der Geschäftsbericht erstattet. Ueber die Bedeutung der „Deutschen Tage“ spricht sich der Bericht dahin aus, daß sie für die deutsche Bevölkerung von erheblichem Werte, ja für die nationale Erziehung der breiten Massen eine einfache Notwendigkeit seien. Das deutsche Gemeinschaftsgefühl werde durch sie geweckt und der Kostengeist bekämpft. Der Verein hat sich bemüht, deutsche Ärzte, Rechtsanwälte und Apotheker zur Niederlassung in der Ostmark zu bewegen. Insbesondere eifrig hat sich der Verein mit dem polnischen Schulstreit beschäftigt, und speziell seinen Bemühungen ist es zu danken, daß die Regierung in dieser äußerst ernsten Angelegenheit eine so stramme Haltung gegen die Polen eingenommen hat. Die Aufhebung wurde zunächst schwierig, weil jede Erfahrung fehlte. Es konnte daher nur langsam und vorsichtig vorgegangen werden, da namentlich ein Teil der sich meldenden Anstrebler früher bereits Schiffbruch gelitten hat oder sich sonst aus nationalen Gründen zur Ansiedelung untauglich erwies. Den Höhepunkt des „Deutschen Tages“ bildete ein großer Festzug, der am Sonntag nachmittag sich durch die Straßen Brombergs bewegte. Zu dem Zuge waren über 7000 Personen und 50 Festwagen angemeldet. Der Zug hatte eine Länge von 4 1/2 Kilometer, sein Vorbeimarsch dauerte über eine Stunde.

Die Lohnkämpfe im Schneidergewerbe.

Der in Breslau tagende Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe beschloß einstimmig, in Zukunft alle Lohnbewegungen der Gehilfen auf ihre Berechtigung oder Nichtberechtigung durch einen Tarifrat prüfen zu lassen. Auch wurde beschlossen, im Interesse eines friedlichen Zusammenarbeitens der Prinzipale und Gehilfen Verhandlungen mit den Gehilfenverbänden einzuleiten, damit keine Arbeitseinstellung von beiden Seiten verflügt werden kann, ohne daß vorher der Versuch einer Einigung durch Vertreter der beiderseitigen Hauptvorstände gemacht worden ist.

Aus unseren Kolonien.

Der Kampf gegen Morenga.

Die Lage in Südwestafrika wird, wie das „S. F.“ von gutunterrichteter Seite erfährt, als sehr ernst angesehen. Der Guerillakrieg im Schutzgebiete wird alsbald wieder im Gange sein. Schon in den allerersten Tagen dürfte von Ueberfällen Morengas auf deutsche Truppen zu berichten sein. Sie werden sich voraussichtlich vorerst gegen kleinere Abteilungen, wie zum Beispiel die Telegraphen- und Seliographenposten richten. Der Kommandant der südwestafrikanischen Schutztruppe Oberleutnant v. Etorff, der zurzeit in Windhuk weilt, wird mit seinem Stabe, Hauptmann Frey und Hauptmann Vauszus, nach Keetmanshoop abziehen. Die Kappellei der englischen Bezirke und die berittenen Jäger sind an die deutsche Grenze gesandt. — Die Verteilung der deutschen Truppen an der Ostgrenze ist folgende: Je eine Kompanie in Aminuis, Gochas, Gajuur, Ullamas, Warmbad, Keetmanshoop, Marienbad. Je eine Maschinengewehrsektion: Kalfontein Nord, Koes, Ullabis, Warmbates. Je zwei Gebirgsgehäusche: Koes am Anobflus, Kliddam, Gudab, Warmbad, Wasserfall. Eine Feldbatterie im Uthamaris, Kamel-Abteilungen am Anobflus, Posten in Gaid, Dreihul, Epiphloppes, Rahmannsdorf, große Karraberge und anderen wichtigen Plätzen der Ost- und Südgrenze. Außerdem findet reges Patrouillieren an

der Grenze sowie scharfe Beobachtung der eventuellen Anmarschstraßen Morengas statt. Dabei ist ganz besonders zu berücksichtigen, daß die Truppen, über die Deutschland im Süden verfügt, bedeutend schwächer sind als die Truppenmassen, die für die Friedensorganisation vorgesehen sind. Das erscheint wohl eigentümlich, aber die Erklärung kann in dem Umstande gefunden werden, daß durch die beabsichtigt gewesene Heimsendung von Truppen — mit der es wohl jetzt sein Bewenden wird haben müssen — eine Herabminderung der Truppenzahl erfolge, und daß man auch gegen Simon Copper hat Truppen stellen müssen. Es besteht jedoch Zweifel darüber, daß man angesichts der so plötzlich veränderten Verhältnisse mit den zurzeit vorhandenen Truppen auskommen können, und es ist vielmehr zu erwarten, daß Etorff und Lindquist an den Reichstag mit neuen Forderungen werden herantreten müssen.

Zu der Meldung, daß Morenga beabsichtige, mit seinem ehemaligen Raubgenossen Johannes Christian zu unterhandeln, bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß dieser anfangs Oktober 1906 in Keetmanshoop durch einen Boten um Frieden hat bitten lassen. Nachdem ihm freies Geleit zugesichert war, traf er am 24. Oktober mit 50 Kriegern in Geirachabis ein um begab sich nach Ullamas, um dort mit Oberleutnant v. Etorff zu verhandeln. Da er aber erklärte, er könne über die Waffenabgabe nicht ohne Zustimmung Josef Christians und anderer Großleute der Bondelwaris verhandeln, verzögerten sich die Verhandlungen, so daß diese erst im Dezember zu Ende geführt und am 23. Dezember der Vertrag unterzeichnet werden konnte. Dieser spricht die Unterwerfung aus. Die Waffen mußten abgegeben werden. Als Wohnsitz, die sie nur mit Erlaubnis verlassen dürfen, wurden den sich Unterwerfenden Stationen bei Warmbad, Gabis, Draaihoel und Wortel zugewiesen. Ihre Ueberführung dahin ging glatt von statten. Ob nun nicht wenigstens die Leute Johannes Christians sich Morengas Bande wieder anschließen werden, selbst wenn ihr ehemaliger Führer dem Vertrage treu bleibt, ist mehr als zweifelhaft. Die nächsten Tage werden darüber wohl schon Aufschluß geben.

Aus dem Auslande.

Kaisergeburtstagsfeier in Oesterreich.

Der Geburtstag des Kaisers Franz Josef ist am Sonntag in der ganzen österreichisch-ungarischen Monarchie überaus festlich begangen worden. In Marienbad wohnte der König von England dem Feste bei und empfing die höheren Beamten und Offiziere. Abends gab der König eine Festtafel, bei der er einen herzlichen Trinkspruch auf den Kaiser ausbrachte. Auch aus dem Auslande treffen zahlreiche Meldungen über festliche Begehungen des Tages ein. Der König von Sachsen fandte dem Kaiser Franz Josef ein herzlich gehaltenes Telegramm zum Geburtstag.

Serben und Kroaten.

In dem kroatischen Wallfahrtsort St. Rochus kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten, wobei die Gemüter einschreiten mußte. Zahlreiche Personen wurden schwer verletzt. Der Zusammenstoß wurde dadurch herbeigeführt, daß Serben zu einer Versammlung mit der serbischen Trikolore erschienen waren.

Zu den Wirren in Marokko.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Casablanca soll in der Nacht zum 16. d. M. General Drude eine Botschaft von den Arabien erhalten haben, in der seine sofortige Ergebung gefordert wird, widrigenfalls große Scharen von Arabern die französischen Truppen vom Erdboden vertilgen und die Stadt zerstören würden. Bisher ist die Drohung nicht wahrgemacht.

Ueber die Ziele Frankreichs in Marokko äußert sich der frühere Minister Hanotaux in der „Revue Hebdomadaire“. Er bedauert, daß man Marokko zu einer diplomatischen Einheit gemacht habe, die unaufhörlich europäische Ermächtigungen notwendig mache, und daß man nun dabei sei, aus Marokko eine nationale Einheit zu machen, indem man durch eine unzureichende militärische Aktion vor kurzem noch zerstreute Kräfte sammle, die gegen den Feind von getrennt, der nunmehr Eroberer und Angreifer geworden sei, den Heiligen Krieg führen werden. Hanotaux glaubt, Frankreich sei gegenwärtig in einer Sackgasse, aus der es nur auf zwei Wegen herauskommen könne. Es